

Aus: Internationales Asienforum. International Quarterly for Asian Studies. Freiburg: Arnold Bergstraesser Institut. 43(November 2012)3-4, pp. 386-387.

Reviews

MARTINA CLAUS / SEBASTIAN HARTIG, *Verraten und verkauft in Rourkela. Zeitzeugen berichten von der Enteignung durch das deutsch-indische Stahlwerksprojekt Rourkela*. Heidelberg: Draupadi Verlag, 2011. 124 Seiten, € 12,00. ISBN 978-3-937603-59-9.

Die Stadt Rourkela mit seinem Stahlwerk ist von besonderer Bedeutung für die deutsch-indischen Beziehungen. Das Großprojekt in Orissa ist ein frühes Mahnmal für Fehler, die in der Entwicklungshilfe Deutschlands, aber auch in der Entwicklungspolitik Indiens begangen wurden. Leidtragende sind bis heute die Adivasi, die Stammesbevölkerung, und alle anderen, die – zum Teil nur vorgeblich – dem Stahlwerk weichen mussten und von ihren Politikern und Beamten verraten und – sinnbildlich – verkauft wurden.

Für die Führer der Unabhängigkeitsbewegung um Pandit Nehru hatte die Unabhängigkeit Indiens maßgeblich eine wirtschaftliche Dimension, die ihren Ausdruck in einer eigenen Industrie und vor allem einer eigenen Stahlproduktion finden sollte. Zu diesem Zwecke wurden mehrere Stahlwerke in Angriff genommen, mit britischer, sowjetischer und deutscher Hilfe; die Sowjets sprangen ein, nachdem die USA kein Interesse zeigten. Bereits 1952 wurde in Rourkela, damals eine unbedeutende Bahnstation auf der Strecke von Kolkota nach Mumbai, bekannt, dass man hier ein Stahlwerk zur Verhüttung der nahegelegenen Erzvorkommen bauen wollte. Der deutsche Beitrag bestand in der Lieferung der Anlagen und des technischen Wissens, dem Einsatz einer großen Zahl von Spezialisten und der Bereitstellung von Exportkrediten.

Die wirtschaftlichen und sozialen Folgen für die Bevölkerung des Projektgebietes fanden keine Beachtung: Man versprach den Betroffenen als Entschädigung Land für Land, Haus für Haus, Arbeitsplätze, Schulen und Gesundheitsversorgung. So berichtet einer der noch lebenden Zeitzeugen (S. 104). Die Adivasi, die im Umland die Mehrheit der Bevölkerung stellten, konnten kaum ahnen, was ihnen bevorstand: 1957 begann die „Umsiedlung“ der Bewohner von 31 Dörfern und von weiteren 32 Dörfern, die einem in der Nähe geplanten Stausee weichen mussten. Binnen kürzester Frist wurden sie, noch bevor sie ihre Ernte einbringen konnten, mit ihren beweglichen Habseligkeiten in ihre neuen „Dörfer“ gekarrt, mitten im Dschungel, wo sie einige wenige primitivste Behausungen vorfanden, ohne Straßenverbindung, Wasserstelle und Strom. Sie erhielten weder ausreichendes Ackerland noch feste Behausungen oder Arbeitsstellen. Das wenige Land war von schlechtester Qualität und ohne verbrieftete Besitzrechte. Ihre Hütten mussten sie sich selbst zimmern. Die versprochenen Arbeitsplätze im Stahlwerk erhielten die wenigsten. Es gab keine Schulen, keine Lehrer und keinerlei Gesundheitsversorgung. Trinkwasser, das ihnen angeliefert wurde, war verseucht, so dass viele starben. Die Umgesiedelten sind vor allem immer noch erbost darüber, dass sie nicht nur so gut wie keinerlei Entschädigung erhielten, sondern das Stahlwerk letztlich viel weniger Land brauchte und der Staat Orissa die restlichen konfiszierten Flächen entgegen den Vorschriften zu einem Vielfachen an Fremde verkaufte, ohne dass sie irgendetwas von dem Erlös erhielten.

In zwölf Niederschriften von Interviews werden die haarsträubenden Missstände in ergreifender Weise geschildert. Die Frage vor allem für den deutschen Leser ist, welche Mitschuld wir an diesem Elend tragen und welche Möglichkeiten einer, wenn auch späten Abhilfe sich für uns bieten. Die offizielle Linie auf Seiten des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und der finanzierenden Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) lässt sich daraus erkennen, dass sie sich von der Diskussion möglichst fern halten. Die Koordinationsgruppe Rourkela widmet sich seit Jahren dem Problem und hat es bereits einmal im Draupadi Verlag vorgestellt (*Adivasi-Koordination in Deutschland e.V. (Hg.): Rourkela und die Folgen. 50 Jahre industrieller Aufbau und soziale Verantwortung in der deutsch-indischen Zusammenarbeit*. Heidelberg: Draupadi Verlag, 2007. Vgl. Besprechung in Heft 1–2, 2010: 128–130, dieser Zeitschrift). Mitglieder der Gruppe haben die meisten der Umsiedlungsdörfer besucht und tragen das Problem weiterhin in die Öffentlichkeit, auch in Indien.

Die Frage der Umsiedlung, oder besser der Vertreibung, ist nämlich nach wie vor aktuell. Nicht nur in Stammesgebieten, wie der Fall des geplanten Bauxit-Abbaus ebenfalls in Orissa zeigt, sondern auch in traditionellen Landwirtschaftsgebieten wird weiter enteignet. Die Auseinandersetzungen um den Standort Siringur in Westbengalen (S. 68), wo die Firma Tata ihren neuen Nano, das billigste Auto der Welt, bauen wollte, gingen auch bei uns durch die Presse. Im Unterschied zu Deutschland, wo der Staat kein Land für ein privates Industrievorhaben enteignen darf (erinnert sei daran, dass das Land Baden-Württemberg mit seinem Vorhaben, Land für die von der Daimler AG in Boxberg geplante Teststrecke zur

Verfügung zu stellen, vor dem Bundesverfassungsgericht scheiterte), erlaubt ein Gesetz aus der Kolonialzeit ein solches Vorgehen in Indien. Die neuen Dörfer der Rourkela-Vertriebenen liegen in Forstgebieten, die der Verfassung nach dem indischen Staat gehören und in denen keine individuellen Eigentumsrechte eingetragen werden können. Danach ist die Stammesbevölkerung dort nur geduldet und jederzeit von neuer Vertreibung bedroht. Genau das droht in einem Fall, weil eine neue Eisenbahnlinie gebaut werden soll.

Die zwölf Texte beeindrucken durch ihre knappe Sprache. Die Forderungen, die vorgebracht werden, unterscheiden sich nicht von denen anderer benachteiligter Gruppen: Einkommenssicherheit durch Land oder Arbeit, Gesundheitsversorgung, Bildung und Rechtssicherheit.

Den Interviews ist ein Überblick vorangestellt, im Wesentlichen eine Zusammenfassung der wichtigsten Aussagen der Zeitzeugen. Das Buch wirft viele neue Fragen auf. Wie die Vertriebenen vorher gelebt haben und wie ihre Lebensumstände heute sind, lässt sich nur zum Teil aus den Interviews herauslesen. Die Koordinationsgruppe wird die Vertriebenen weiter begleiten und sieht ihre Arbeit erst dann als abgeschlossen, wie die Autoren in ihrem Schlusskapitel schreiben, „wenn die Zwangsumgesiedelten selbst sagen, dass ihre Rechte anerkannt sind, dass ihre Forderungen und Ansprüche berücksichtigt sind und wenn die entsprechende Wiedergutmachung geleistet worden ist.“ (S. 112)

Wolfgang-Peter Zingel